

478695-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Softwareprogrammierung und -beratung – RV 3rd-Level-Support,
Weiterentwicklung und Beratung +1.Linux Arbeitsplatz Distribution
OJ S 131/2026 10/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Dataport AöR

E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: RV 3rd-Level-Support, Weiterentwicklung und Beratung +1.Linux Arbeitsplatz Distribution
Beschreibung: Das Land Schleswig-Holstein hat im Rahmen seiner Open Source Strategie Dataport beauftragt, die Endgeräte der Landesbehörden auf ein Linux-basiertes Betriebssystem umzustellen. Dataport (Auftraggeber dieses Vergabeverfahrens) betreibt zu diesem Zweck eine Endgeräte-Management-Plattform, administriert physikalische sowie virtuelle Clients mit Hardware-Architektur x86-64 (amd64) und unterstützt die Benutzer. Das Mengengerüst der Clients ist anwachsend von planmäßig 750 Clients zum 31.12.2026 auf bis zu 19.000 Clients zum 31.12.2029. Der Auftraggeber gestaltet die Ausschreibung bewusst distributionsoffen; eine spezifische Linux-Distribution, für die die Leistungen zu erbringen sind, wird daher nicht vorgegeben. Da die Linux-Distribution Teil des vom Auftraggeber aktuell entwickelten Produkts „+1.Linux Arbeitsplatz“ sein wird, müssen die für die Linux-Distribution zu erbringenden Leistungen für eine Linux-Distribution erbracht werden, die die in der Anlage „Anforderungskatalog Distribution“ beschriebenen Anforderungen erfüllt. Sofern die Leistungen für mehrere Distributionen angeboten werden, behält sich der Auftraggeber vor, eine dieser Distributionen zu wählen. Gegenstand des Verfahrens ist die Vergabe einer Rahmenvereinbarung für Dienstleistungen zu Support, Weiterentwicklung und Beratung im Bereich +1.Linux Arbeitsplatz Distribution an einen Auftragnehmer. Einzelne Leistungsteile (Hotline, Support) sind während der Vertragslaufzeit kontinuierlich durch den Auftragnehmer zu erbringen. Die übrigen Leistungen werden nach Bedarf vom Auftraggeber abgerufen. Vertragsgrundlage der verschiedenen Dienstleistungen sind die EVB-IT Dienstleistungs-AGB. Die Mindestvertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt zwei Jahre. Sie kann vom Auftraggeber zweimalig um jeweils ein Jahr auf eine Laufzeit von maximal vier Jahren verlängert werden. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Vergabeunterlagen und insbesondere den EVB-IT Dienstvertrag mit seinen Anlagen verwiesen.

Kennung des Verfahrens: 7a3cce76-8127-49c8-b3f3-65af3793ebe6

Interne Kennung: DP31-202600011

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72200000 Softwareprogrammierung und -beratung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72210000 Programmierung von Softwarepaketen, 72220000 Systemberatung und technische Beratung, 72240000 Systemanalyse und Programmierung, 72250000 Systemdienstleistungen und Unterstützungsdienste, 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Altenholz

Postleitzahl: 24161

Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: RV 3rd-Level-Support, Weiterentwicklung und Beratung +1.Linux Arbeitsplatz Distribution

Beschreibung: Das Land Schleswig-Holstein hat im Rahmen seiner Open Source Strategie Dataport beauftragt, die Endgeräte der Landesbehörden auf ein Linux-basiertes Betriebssystem umzustellen. Dataport (Auftraggeber dieses Vergabeverfahrens) betreibt zu diesem Zweck eine Endgeräte-Management-Plattform, administriert physikalische sowie virtuelle Clients mit Hardware-Architektur x86-64 (amd64) und unterstützt die Benutzer. Das Mengengerüst der Clients ist anwachsend von planmäßig 750 Clients zum 31.12.2026 auf bis zu 19.000 Clients zum 31.12.2029. Der Auftraggeber gestaltet die Ausschreibung bewusst distributionsoffen; eine spezifische Linux-Distribution, für die die Leistungen zu erbringen sind, wird daher nicht vorgegeben. Da die Linux-Distribution Teil des vom Auftraggeber aktuell entwickelten Produkts „+1.Linux Arbeitsplatz“ sein wird, müssen die für die Linux-Distribution zu erbringenden Leistungen für eine Linux-Distribution erbracht werden, die die in der Anlage „Anforderungskatalog Distribution“ beschriebenen Anforderungen erfüllt. Sofern die Leistungen für mehrere Distributionen angeboten werden, behält sich der Auftraggeber vor, eine dieser Distributionen zu wählen. Gegenstand des Verfahrens ist die Vergabe einer Rahmenvereinbarung für Dienstleistungen zu Support, Weiterentwicklung und Beratung im Bereich +1.Linux Arbeitsplatz Distribution an einen Auftragnehmer. Einzelne Leistungsteile (Hotline, Support) sind während der Vertragslaufzeit kontinuierlich durch den Auftragnehmer zu erbringen. Die übrigen Leistungen werden nach Bedarf vom Auftraggeber abgerufen. Vertragsgrundlage der verschiedenen Dienstleistungen sind die EVB-IT Dienstleistungs-AGB. Die Mindestvertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt zwei Jahre. Sie kann vom Auftraggeber zweimalig um jeweils ein Jahr auf eine Laufzeit von maximal vier Jahren verlängert werden. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Vergabeunterlagen und insbesondere den EVB-IT Dienstvertrag mit seinen Anlagen verwiesen.

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72200000 Softwareprogrammierung und -beratung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72210000 Programmierung von Softwarepaketen, 72220000 Systemberatung und technische Beratung, 72240000 Systemanalyse und Programmierung, 72250000 Systemdienstleistungen und Unterstützungsdienste, 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Altenholz

Postleitzahl: 24161

Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# Wir begrüßen ausdrücklich die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) an den von Dataport durchgeführten Vergabeverfahren. Zur Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von KMU sind unsere Vergabeverfahren bis auf wenige zwingende Ausnahmen so ausgestaltet, dass sich KMU mit gleichen Chancen einzeln oder als Konsortien in Form von Bewerber- und Bietergemeinschaften diskriminierungsfrei und ohne Benachteiligung gegenüber Großunternehmen am Vergabeverfahren beteiligen können. Unsere Vorgaben zur Erbringung der Eignungsnachweise und auch die Zuschlagskriterien sind so gestaltet, dass auch bei großen Aufträgen nach Möglichkeit stets die Beteiligung von KMU – ggf. in Form von Bietergemeinschaften - möglich ist. Auch durch die Berücksichtigung regionaler Stärken und Besonderheiten tragen wir der Förderung von KMU Rechnung, wenn der Auftragsgegenstand dies zulässt. Der Auftraggeber wird auf Grundlage der Entscheidung C-23/20 des Europäischen Gerichtshofs vom 17.06.2021 maximal bis zu einem Höchstwert im Sinne von 2.1.3 des Bekanntmachungsformulars in Höhe des 1,5-fachen des bezuschlagten Auftragswertes (gem. Preisblatt) Leistungen aus dieser Rahmenvereinbarung abrufen (siehe Anlage 12 zum EVB-IT Dienstvertrag, § 3.3).

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird eine Betriebshaftpflichtversicherung mit

folgenden Mindestdeckungssummen verlangt: • 5 Mio. Euro für Personenschäden je

Schadensfall bei doppelter Jahreshöchstleistung für alle Schadensfälle und • 5 Mio. Euro für

Sachschäden je Schadensfall bei doppelter Jahreshöchstleistung für alle Schadensfälle und •

2,5 Mio. Euro für Vermögensschäden und Datenschutzschäden je Schadensfall bei doppelter Jahreshöchstleistung für alle Schadensfälle. Die Versicherung ist für die gesamte Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Der Bieter erklärt mit Abgabe des Angebots im Vergabemanagementsystem (VMS) (dort im Abschnitt „Eignung“ unter Ziffer 2.2.1.1.1.1), diesen Nachweis fristgerecht und unaufgefordert vorzulegen. Der gültige Nachweis ist spätestens innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Zuschlag vorzulegen. Bei Bietergemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen. Die Erklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung ist im Falle von Bietergemeinschaften von dem führenden Unternehmen für die Bietergemeinschaft einzureichen. Sollte die Betriebshaftpflichtversicherung nicht der geforderten und zugesagten Höhe entsprechen, kann eine positive Prognose, dass der Bieter über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügt, nicht gestellt werden; das Angebot ist dann zwingend, ggf. auch rückwirkend, vom Verfahren auszuschließen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es ist mindestens ein vergleichbares Referenzprojekt, welches in den letzten drei Jahren (gerechnet ab der bzw. bis zur Angebotsfrist) erfolgreich abgeschlossen wurde, anzugeben. Hierzu ist die ANLAGE Referenzbeschreibung vollständig ausgefüllt (ggf. mehrfach für Benennung mehrerer Referenzprojekte) mit dem Angebot einzureichen. Ein Referenzprojekt ist dann mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar, 1. wenn es den sich aus der Leistungsbeschreibung (Teil B der Vergabeunterlagen) ergebenden Rahmenbedingungen (Art der Leistung, Vertragsdauer, technisches Umfeld etc.) im Wesentlichen entspricht, 2. Leistungen im Bereich Linux für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht wurden (hierzu zählen alle öffentlichen Auftraggeber gem. § 99 GWB, Projekte für ausländische Referenzgeber werden berücksichtigt, sofern diese in ihrem Land als öffentliche Auftraggeber gelten), 3. Leistungen für Linux-basierte Clients in angemessenem Umfang erbracht wurden. Dabei ist es nicht erforderlich alle Kriterien in einer einzigen Referenz nachweisen zu können. Ausreichende Erfahrungen mit dem Beschaffungsgegenstand können auch durch zwei oder mehr Referenzprojekte belegt werden. Dazu muss in jeder Referenz das Kriterium 1 erfüllt werden und die Kriterien 2 und 3 mit jeweils einer Referenz erfolgreich abgedeckt werden. Es ist somit mindestens eine Referenz einzureichen, die die Kriterien 1, 2 und 3 abdeckt oder zwei Referenzen, die die Kriterien 1 + 2 sowie 1 + 3 abdecken. Ein Referenzprojekt gilt als erfolgreich abgeschlossen, wenn es nach dem o. g. Stichtag begonnen wurde und im Betrachtungszeitraum von drei Jahren mindestens sechs Monate Leistungen erbracht wurden. Die Bewertung erfolgt in einer Gesamtbetrachtung der eingereichten Referenzen. Dabei ist es nicht zwingend erforderlich, mehrere Referenzen einzureichen, um die erforderliche Eignung nachzuweisen. Dies kann auch mit einer einzigen Referenz, die den Auftragsgegenstand in außergewöhnlichem Maße widerspiegelt, erreicht werden. Die Vergabestelle ermöglicht es dem Bieter allerdings, mehrere Referenzen einzureichen, um die Abdeckung des Auftragsgegenstandes zu erleichtern. Unter Bezugnahme auf den Beschluss des OLG Düsseldorf (Beschluss vom 12.09.2012 – Verg 108/11), in dem der Vergabesenat eine Leistungsbeschreibung, die die Referenzenanzahl auf drei beschränkt hat, als vergaberechtswidrig angesehen hat, weist die Vergabestelle auf Folgendes hin: Die Vergabestelle gibt für die einzureichenden Referenzen keine Beschränkung vor. Allerdings geht die Vergabestelle davon aus, dass für die positive Feststellung der Leistungsfähigkeit eine Betrachtung von 1-3 vergleichbaren Referenzen grundsätzlich ausreichend ist. Dies ist jedoch keine zwingende Vorgabe, so dass dem Bieter im Falle eines Einreichens von mehr als 3 Referenzen keine Nachteile entstehen. Der Hinweis, möglichst 1-3 vergleichbare Referenzen einzureichen, ist dem Gedanken geschuldet, dass die Vergabestelle davon ausgeht, dass es nicht erforderlich ist, eine höhere Anzahl von Referenzen einzureichen, um

die Erfahrung hinsichtlich des Beschaffungsgegenstandes bewerten zu können. Zudem kann die Auswertung einer sehr hohen Anzahl von Referenzbeschreibungen eine unverhältnismäßig lange Bearbeitungszeit beanspruchen. Lässt die Bewertung der Referenzbeschreibung gemäß der ANLAGE Referenzbeschreibung die Prognose nicht zu, dass der Bieter den Auftrag fachlich einwandfrei und fristgerecht ausführen wird, so wird die Leistungsfähigkeit verneint und das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Dabei kann bei der Bewertung nur das berücksichtigt werden, was auch ausdrücklich im Vordruck ANLAGE Referenzbeschreibung beschrieben wurde. Der Auftraggeber wird ggf. stichprobenweise oder auch verdachtsabhängig Referenzen überprüfen. Dazu hat der Bieter auf Anforderung eine/n Ansprechpartner/in beim Referenzkunden mit Kontaktdaten (Telefon und E-Mail) zu benennen (die Benennung eines Ansprechpartners auf Seiten des Bieters reicht nicht aus). Sofern ein/e Ansprechpartner/in nicht in angemessener Zeit benannt werden kann, wird die Referenz nicht bei der Bewertung berücksichtigt. Ergeben sich bei dieser Prüfung Bedenken hinsichtlich der getätigten Angaben bzw. der Qualität der Ausführung, kann dies bei der Bewertung berücksichtigt werden. Unter Umständen kann das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen werden, wenn die Bedenken hinsichtlich der getätigten Angaben bzw. der Qualität der Ausführung die Aussagekraft der Referenz grundlegend in Frage stellt bzw. evidente Qualitätsmängel oder falsche Angaben vorliegen. Bei Bietergemeinschaften und beim Einsatz privilegierter Unterauftragnehmer werden die eingereichten Referenzen insgesamt betrachtet.

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Im Kriterium Personalkennzahlen sind die erforderlichen Angaben zu den aktuellen Beschäftigtenzahlen in den relevanten Tätigkeitsbereichen (gemäß EVB-IT Dienstvertrag 3.1) zu machen. Die Angaben werden daraufhin überprüft, ob die Beschäftigtenzahl aktuell mindestens 10 Vollzeitkräfte beträgt, wobei Teilzeitkräfte entsprechend umgerechnet werden. Sollte diese Angabe den geforderten Mindestwert nicht erreichen, kann eine positive Prognose, dass der Bieter über die erforderlichen technischen und beruflichen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügt, nicht gestellt werden; das Angebot ist dann zwingend vom Verfahren auszuschließen. Bei Bietergemeinschaften und beim Einsatz privilegierter Unterauftragnehmer werden die Personalkennzahlen der Bietergemeinschaftsmitglieder bzw. die der privilegierten Unterauftragnehmer und des Bieters addiert. In einem solchen Fall sind im VMS im Abschnitt Eignungskriterien unter der Position 2.2.2.2.2.1 „Personalkennzahlen“ die entsprechenden Angaben für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft bzw. – im Fall einer Eignungslleihe – für den Bieter und den privilegierten Unterauftragnehmer separat anzugeben. Den jeweiligen Kennzahlen ist für eine exakte Zuordnung die Bezeichnung des jeweiligen Unternehmens jeweils voranzustellen.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Im Kriterium Qualitätsmanagement ist die erforderliche Eigenerklärung abzugeben. Die Angabe zum „Qualitätsmanagement“ wird daraufhin überprüft, ob das Unternehmen im auftragsbezogenen Tätigkeitsbereich (gemäß EVB-IT Dienstvertrag 3.1) geeignete Qualitätsmanagementmaßnahmen getroffen und durch Eigenerklärung bestätigt hat. Bei Bietergemeinschaften und beim Einsatz privilegierter Unterauftragnehmer ist die Eigenerklärung von den Unternehmen einzureichen, welche die betreffenden Leistungsteile, für die das Qualitätsmanagement erforderlich ist, ausführen werden. Sollte/n die geforderte/n Eigenerklärung/en nicht vorliegen, kann eine positive Prognose, dass der Bieter über die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit für die Ausführung des Auftrags verfügt, nicht gestellt werden; das Angebot ist dann zwingend vom Verfahren auszuschließen.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis des IT-Sicherheitsmanagementsystems muss eines der folgenden Zertifikate, das auf den Leistungsgegenstand anwendbar ist, nachgewiesen werden: • ISO 27001 auf Basis von IT-Grundschutz oder • ISO 27001. Das Zertifikat, das mit dem Angebot einzureichen ist, muss mindestens bis zum Ablauf der Bindefrist der Angebote (30.09.2026) gültig sein. Bei Bietergemeinschaften und beim Einsatz privilegierter Unterauftragnehmer gilt der stärkste Einzelnachweis als maßgeblich für die Bewertung. Sollte das geforderte Zertifikat nicht nachgewiesen werden, kann eine positive Prognose, dass der Bieter über die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit für die Ausführung des Auftrags verfügt, nicht gestellt werden; das Angebot ist dann zwingend vom Verfahren auszuschließen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis (gem. Teil C - Preisblatt)

Beschreibung: Preis

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Teil C - Bewertungsmatrix

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Die Zuschlagskriterien sind in diesem Fall der Preis und die Qualität der Leistung. Die Einzelheiten sowie die Unterkriterien und Mindestanforderungen ergeben sich aus den Anlagen Bewertungsmatrix und Preisblatt. Die Bewertung der Angebote erfolgt nach der sog. einfachen Richtwertmethode (UfAB 2018). Nach der einfachen Richtwertmethode wird die Kennzahl für das Leistungs-Preis-Verhältnis (Z) nach folgender Formel aus dem Gesamtpreis (P) und den Leistungspunktwert (L) ermittelt: $Z = L / P$. Die Variablen der vorgenannten einfachen Richtwertmethode haben mithin folgende Bedeutung: Z = Zuschlags-/Bewertungszahl = Leistungs-Preisverhältnis des Angebots L = (Gesamt-)Leistungspunktwert gemäß der Bewertungsmatrix (d.h. Gesamtergebnis der Bewertung anhand der einzelnen qualitativen Unterkriterien unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Gewichtung) P = Preis für die angebotene Leistung = Gesamtpreis (brutto) gem. Preisblatt Das Angebot mit der höchsten Bewertungspunktzahl (Z) erhält den Zuschlag. Erlangen mehrere Angebote im Rahmen der Bewertung der Wirtschaftlichkeit den ersten Rang („Punktgleichheit“), wird das Angebot vorrangig berücksichtigt, welches die insgesamt höchste Leistungspunktzahl L ausweist. Sollte auch dann noch ein Punktegleichstand bestehen, entscheidet – wenn eine Wettbewerbsabsprache ausgeschlossen werden kann – das Los.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 13/07/2026 15:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/a708e115-d01c-4b1c-8af6-fb2ec8dd6d0a>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Auf Grund, des für den Auftraggeber geltenden Staatsvertrages in Verbindung mit dem Hamburger Sicherheitsüberprüfungs- und Geheimschutzgesetz (HmbSÜGG) i.V.m.

der Hamburger Sicherheitsbereichsbestimmungsverordnung (HmbSBBstVO), ist der Auftraggeber sicherheitsempfindlicher öffentlicher Bereich. Der Auftragnehmer darf deshalb nur Personen einsetzen, die sich mindestens einer Sicherheitsüberprüfung nach § 34 des HmbSÜGG erfolgreich unterzogen haben und deren Zuverlässigkeit danach festgestellt worden ist. Diese Sicherheitsüberprüfung hat eine Gültigkeit von 3 Jahren. Auf eine Sicherheitsüberprüfung seitens Dataport (siehe §2 Abs. 1, letzter Satz HmbSÜGG), kann verzichtet werden, wenn für die betroffene Person bereits eine gleich- oder höherwertige Sicherheitsüberprüfung abgeschlossen wurde, ohne dass ein Sicherheitsrisiko festgestellt wurde und die Unterlagen (Sicherheitsakte) beim Auftragnehmer verfügbar sind. Der Auftragnehmer wird spätestens drei Monate vor Ablauf der Sicherheitsüberprüfung das Selbstauskunftsformular für die Wiederholung der Sicherheitsüberprüfung nach §34 HmbSÜGG selbstständig über seine Fachabteilung bei Dataport einreichen. Bei höherwertigen Sicherheitsüberprüfungen (SÜ1-SÜ3) erfolgt die Aufforderung zur Wiederholungsprüfung durch den Auftraggeber.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/a708e115-d01c-4b1c-8af6-fb2ec8dd6d0a>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 27/07/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 65 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: • deutsche Sprache bei der Auftragsdurchführung, • Verpflichtung zur Sicherstellung, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ bei der Auftragsdurchführung anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten, • dem Auftragnehmer ist untersagt, personenbezogene Daten, welche der Auftraggeber für eigene Zwecke oder als Auftragsverarbeiter für Dritte verarbeitet, auf der Basis von US Privacy Shield in die USA zu übertragen. Der Auftragnehmer gewährleistet die Einhaltung dieser Bedingung auch mit Wirkung für seine Unterauftragnehmer, • Erklärungen zur Vertraulichkeit bei der Auftragsdurchführung, • Erklärung zur Fremdfirmenordnung von Dataport, • Erklärungen zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), • Erklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022, • Erklärungen zur DSGVO und Auftragsverarbeitung, • Überprüfung des bei der Bedarfsstelle eingesetzten Personals nach SÜG.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist auf § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) hin. Dieser lautet: „§ 160 GWB Einleitung, Antrag. (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“ Darüber hinaus bittet die Vergabestelle darum, im Falle von Rügen diese über den Bieterassistenten der eVergabe zu senden.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Dataport AöR

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammer Schleswig-Holstein

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Dataport AöR

Registrierungsnummer: dba341b0-c408-43df-936c-e8a53c650e2e

Postanschrift: Altenholzer Straße 10-14

Stadt: Altenholz

Postleitzahl: 24161

Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)

Land: Deutschland

E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de

Telefon: +49 43132950

Internetadresse: <https://www.dataport.de>

Profil des Erwerbers: <https://vergabeverfahren.dataport.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein

Registrierungsnummer: 6a40e611-eea5-4a21-b775-c4ff3cfa8425

Abteilung: beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

Kontaktperson: beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 4319884542

Fax: +49 4319884702

Internetadresse: <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/vergabekammer.html>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

6f032094-1f17-485a-bcc7-65c0dffe0f75-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: deee32cf-03e1-48c4-a0fd-615998c1298b - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/07/2026 10:34:13 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 478695-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 131/2026

Datum der Veröffentlichung: 10/07/2026